

Dr. Peter Lames

Vorsitzender der SPD–Fraktion im Dresdner Stadtrat

Christian Avenarius

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Dresden/Ostsachsen

Dresden, den 16. März 2011

Dresden und seine Straßen gehören den Dresdnerinnen und Dresdenern

Die bedrückenden Ereignisse in Dresden am 13. und 19. Februar dieses Jahres haben sehr deutlich gezeigt, dass unsere Stadt Gefahr läuft, das Gedenken an den 13. Februar 1945 auf Dauer nicht mehr so gestalten zu können, wie es die Mehrheit der Bürger wünscht. Die Stadt droht ihre Handlungsfreiheit an die unterschiedlichsten Interessengruppen und Institutionen zu verlieren.

Die Verantwortlichen in Stadtrat und Stadtverwaltung dürfen daher keinesfalls einfach wieder bis zum nächsten Jahr zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen die entscheidenden Fragen bereits heute offen und mutig und ohne Instrumentalisierung für die tagespolitische Auseinandersetzung zur Sprache bringen, um in der Diskussion mit den Bürgern Antworten zu finden, die verantwortliche und verlässliche Entscheidungen möglich machen.

Hierfür müssen die folgenden Gesichtspunkte unbedingt beachtet werden:

1.

Es gibt in Dresden weiterhin keine wirkliche Gemeinsamkeit der Demokraten.

In vielen anderen Städten in Deutschland, in denen die Bürger ebenfalls mit der Erinnerung an Kriegszerstörung und ihre Ursachen, mit neonazistischen Demonstrationen oder mit beidem leben müssen, ist ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Kräfte selbstverständlich.

In Dresden sind wir davon noch weit entfernt. Die Menschenkette ist ein guter Ansatz, doch sie kann nicht zu jeder Zeit und an jedem Ort in der Stadt die abschließende Antwort sein. Wie aber solche weitergehenden und weiterführenden Antworten lauten können, ist zwischen den Parteien und anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren in Dresden weiterhin umstritten. Weder über die Ziele noch über die Art und Weise des Gedenkens, noch über die Mittel des Widerstandes gegen den neonazistischen Missbrauch des Gedenkens besteht Einigkeit.

2.

Die Konzeption der weiten räumlichen Trennung der unterschiedlichen Demonstrantenlager ist auf Dauer gescheitert.

Trotz eines enormen Polizeiaufgebots war es nicht möglich, den angereisten Gewalttätern wirksam Einhalt zu gebieten. Auch mit einem noch größeren Personalaufwand wäre dies nicht möglich.

Die Opfer, die vor allem den Bewohnern einzelner Stadtteile zugemutet werden, aber auch denjenigen, die friedlich gegen die Neonazis demonstrieren wollten, erscheinen im Nachhinein nicht gerechtfertigt.

3.

Auch auf der Basis des geltenden Versammlungsrechts muss es möglich sein, eine große zentrale und friedliche Kundgebung der überragenden Mehrheit der Bevölkerung gegen die geschichtsverzerrenden Umtriebe der Neonazis in deren Hör- und Sichtweite durchzuführen.

Eine solche zentrale Kundgebung könnte den gemeinsamen Willen der Demokraten in unserer Stadt sehr deutlich zum Ausdruck bringen. Das Demonstrationsrecht der Neonazis geht nämlich nicht so weit, dass damit das Demonstrationsrecht der anderen Bürger außer Kraft träte. Vielmehr müssen die Teilnehmer beider Versammlungen jeweils die andere Versammlung dulden, das heißt auch die Beschränkungen, die sich aus der Existenz der anderen Versammlung ergeben, insbesondere die Trennung beider Demonstrantengruppen auf engem Raum durch die Polizei.

Gewalttätiger Missbrauch einer solchen Situation muss stets entschlossen unterbunden werden. Aber auch auf gewaltlose rechtswidrige Störungen einer Versammlung, z.B. durch eine verbotene Blockade, muss mit den Mitteln des Versammlungs- und Strafrechts reagiert wer-

den. Solche Blockaden mögen für Einzelne, denen keinesfalls die Lauterkeit ihrer Motive abgesprochen werden soll, die angemessene Form des Protestes sein. Sie dürfen jedoch keine zentrale Bedeutung in der Strategie der Demokraten erlangen, weil deren Einvernehmen nur auf der Grundlage des geltenden Rechts hergestellt werden kann.

4.

Die Neonazis werden sich dann endgültig aus dem Staub machen, wenn ihnen die große Mehrheit der Dresdner sichtbar gegenübersteht.

Allein ein ehrliches und kompromissbereites Zusammenwirken der Demokraten kann Dresden auf lange Sicht vom Missbrauch seines Gedenktages durch die Neonazis befreien. Dies wird weder durch bloßes Zuschauen noch durch parteipolitisch motiviertes Taktieren und Instrumentalisieren der Auseinandersetzung, sondern nur durch ein klares Zeichen vieler Menschen möglich sein.

Wir fordern alle Verantwortlichen dazu auf, gemeinsam daran zu arbeiten und so das Heft des Handelns wieder zurückzugewinnen.

Dresden und seine Straßen gehören dem Volk!